

Stenographisches Protokoll.

101. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 23. August 1932.

Inhalt.

Personalien: Angelobung Gottlieb Grabenhofer (2625) — Mitteilungen des Präsidenten über die Mandatsniederlegung des Abg. Josef Binzl und den Widerruf dieser Mandatsniederlegung (2625).

Nationalrat: Beschluß auf Beendigung der Frühjahrs-sesssion (2641).

Verhandlungen: 1. Bericht des Hauptausschusses über die Regierungsvorlage (B. 430): Einspruch des Bundesrates gegen den Beschluß des Nationalrates, betr. den in Genf unterzeichneten Anleihevertrag 1932 (B. 435) — Berichterstatter Heisl (2626), Glöckel (2626), Foppa (2629), Dr. Ligner (2632), Hainzl (2635) — Annahme des Ausschußantrages (2639);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 431): Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. das 9. Credit-Anstalts-Gesetz (B. 433) — Berichterstatter Dr. Kneußl (2640) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (2641);

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 432): Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. die Abänderung der Satzungen der Österreichischen Nationalbank (B. 434) — Berichterstatter Dr. Hrbntschak (2641) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (2641).

Ausschüsse: Wahl Gierlinger als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft an Stelle Burgstaller, Klug als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung an Stelle Wollf (2641).

Verteilt wurden:

Berichte: des Finanz- und Budgetausschusses B. 433 und 434, des Hauptausschusses B. 435.

Tagesordnung: Anleihevertrag 1932 von Genf (B. 435).

9. Credit-Anstalts-Gesetz (B. 433).

Abänderung der Satzungen der Österreichischen Nationalbank (B. 434).

Präsident Dr. **Kenner** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 20. August als genehmigt.

Der Ersatzmann für Dr. Johannes Schöber, Gottlieb Grabenhofer, leistet die Angelobung.

Präsident: Ich habe dem hohen Hause die folgenden Mitteilungen zu machen: Der Herr Abg. Josef Binzl schreibt unter dem Datum Isper, 18. August 1932 (*liest*):

„Berehrter Herr Präsident! Ich erlaube mir hiemit, mitzuteilen, daß ich mein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat niederlege.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet ergebenst

Josef Binzl.“

Diese Eingabe habe ich wie folgt erledigt (*liest*):

„Hauptwahlbehörde (Bundeskanzleramt, Inneres). Der für den Wahlkreis Wien Innen-Ost gewählte Abg. Josef Binzl hat sein Mandat niedergelegt.

Hievon wird mit dem Ersuchen Mitteilung gemacht, wegen Einberufung des Ersatzmannes das Erforderliche zu veranlassen und das Verfügte hierher bekanntzugeben.

Wien, 19. August 1932.

Kenner.“

Noch bevor eine Entscheidung der Hauptwahlbehörde an mich gelangt ist, habe ich weiter folgendes Telegramm aus Isper, Nr. 38, aufgegeben am 19. August 1932 um 14 Uhr 15 Minuten, bekommen (*liest*):

„Falls ein Brief mit meiner Mandatszurücklegung Ihnen übergeben wird, bitte ich, die Mandatszurücklegung als gegenstandslos zu betrachten. Binzl.“

Daraufhin habe ich an die Hauptwahlbehörde, Bundeskanzleramt (Inneres), folgende Zuschrift gerichtet (*liest*):

„Im Nachhange zur hieramtlichen Note vom 19. August l. J., Z. 745, Nationalrat, IV. Gesetzgebungsperiode, mit der auf Grund des in Abschrift mitfolgenden Schreibens von der Mandatsniederlegung des Herrn Abg. Josef Binzl Mitteilung gemacht worden ist, beehre ich mich, die Abschrift des heute um 16 Uhr 45 Minuten eingelangten Telegramms zu übermitteln.

Wien, 19. August 1932.“

Ferner ist ein weiteres Telegramm an mich eingelangt, aufgenommen am 19. August 1932 um 19 Uhr 37 Minuten aus Isper, aufgegeben um 17 Uhr 40 Minuten (*liest*):

„Wiederhole heutige Depesche, erkläre neuerlich, daß ich das Mandat nicht niederlege.

Binzl.“

Dieses Telegramm habe ich weitergegeben an die Hauptwahlbehörde, Bundeskanzleramt (Inneres) (*liest*):

„Im Nachhange zu den hieramtlichen Notizen vom 19. August l. J., Z. 745 und 751, Nationalrat, IV. Gesetzgebungsperiode, beehre ich mich, das am 19. August 1932 um 20 Uhr 15 Minuten eingelangte Originaltelegramm zu übermitteln.

Wien, 20. August 1932.“

Ich habe weiters von der Hauptwahlbehörde unter dem Datum Wien, am 22. August 1932 — also heute —, folgende Zuschrift Z. 199.923-6/32 erhalten (*liest*):

„An das Präsidium des Nationalrates in Wien.

Der laut dortigen Schreibens Z. 745, Nationalrat, IV. Gesetzgebungsperiode, vom 19. August 1932 erfolgte Mandatsverzicht des Abg. Josef Vinzl ist laut Beilage des dortigen Schreibens Z. 751, Nationalrat, IV. Gesetzgebungsperiode, vom 19. August 1932 von dem Genannten zurückgezogen worden.

Der Widerruf des Verzichtes wurde überdies laut des mit Schreiben Z. 752, Nationalrat, IV. Gesetzgebungsperiode, vom 20. August 1932 übermittelten Originaltelegramms vom Nationalrat Vinzl bestätigt.

Es wird daher die Einberufung des Ersatzmannes für den Genannten als gegenstandslos betrachtet.

Ergeht in Abschrift an den Klub der Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblocks zuhanden des Herrn Abg. Dr. Straffner.

Für die Hauptwahlbehörde:

Vachinger.“

Ich bitte, diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Hauptausschusses über die Regierungsvorlage (B. 430): Einspruch des Bundesrates gegen den Beschluß des Nationalrates vom 17. August 1932, betr. den in Genf unterzeichneten Anleihevertrag 1932 (B. 435).

Berichterstatte **Heinl**: Der Hauptauschuß hat in seiner Sitzung vom 20. August 1932 über den Einspruch des Bundesrates gegen den Beschluß des Nationalrates vom 17. August 1932, betr. den in Genf unterzeichneten Anleihevertrag, beraten und ist zu dem Beschlusse gekommen, dem Nationalrat vorzuschlagen, auf seinem Beschluß vom 17. August 1932 zu beharren. Er stellt daher den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 17. August 1932, welcher lautet:

„Dem in Genf am 15. Juli 1932 unterzeichneten Protokoll einschließlich der zum Protokoll gehörenden Anlagen I, II und III (B. 379) wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt und im Zusammenhang damit beschlossen:

1. Obwohl nach der von der Bundesregierung in der Nationalratsitzung vom 28. Juli 1932 abgegebenen Erklärung die Bestimmungen des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 auf das Genfer Protokoll Nummer 1 vom 4. Oktober 1922 keine Anwendung finden können, wird die Bundesregierung von dieser ihrer Auffassung

den Regierungen der Signatarstaaten des Protokolls vom 15. Juli 1932 auf diplomatischem Wege Mitteilung machen und erst nach Einlangen der diesbezüglichen Zustimmung dieser Staaten das österreichische Ratifikationsinstrument beim Völkerbundsekretariat in Genf hinterlegen lassen.

2. Die Bundesregierung hat entsprechend ihrer in der Nationalratsitzung vom 28. Juli 1932 abgegebenen Erklärung im gegebenen Zeitpunkte die Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes im Nationalrat einzubringen, durch die unter Anführung der Emissions- und Rückzahlungsbedingungen einschließlich der mit dem Komitee der garantierenden Mächte festzusetzenden Bedingungen für die Rückzahlung der Anleihe nach zehn Jahren, unter welchen ausschließlich finanzielle Bedingungen zu verstehen sein werden, im Sinne des Artikels 42, Absatz 5, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die Ermächtigung des Nationalrates zur Aufnahme der im Protokoll vom 15. Juli 1932 vorgesehenen Bundesanleihe eingeholt werden wird.“

wird gemäß Artikel 42, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wiederholt.“

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Glöckel: Hohes Haus! Der Lausanner Vertrag ist in das letzte Stadium der parlamentarischen Verhandlung getreten. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten ist wiederholt klargestellt worden im Plenum dieses Hauses, in den Ausschüssen und im Plenum des Bundesrates. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie einem Vertrag nicht zustimmen kann, der die außenpolitische Handlungsfähigkeit dieses Staates beeinträchtigt, es ist klar, daß die Sozialdemokratie einem Vertrag nicht zustimmen kann, der uns eine ausländische Kontrolle auferlegt. Wir haben die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahren aufgezeigt. Unsere Stellungnahme ist offenkundig und konnte nicht zweifelhaft sein. Es sind die Gründe dafür, weswegen wir einen entschiedenen Kampf der Ablehnung führen, wiederholt aufgezeigt worden, die Verantwortung werden die Parteien zu tragen haben, die für diesen Vertrag stimmen.

Aber worüber man heute nicht hinweggehen kann, ohne sich nicht mitschuldig zu machen, das ist die Besprechung von Vorgängen während der Beratung und insbesondere vor den Abstimmungen — Vorgängen vor und hinter den Kulissen, die außerordentlich bedenkliche Praktiken darstellen, die die Regierung unter der Patronanz der Regierungsparteien anzuwenden beliebt hat, nur zu dem Zwecke, um einen Vertrag durchzupressen, nur aus dem Grunde, um mit unerlaubten Mitteln (*Rufe links: So ist es!*) einen parlamentarischen Erfolg, wenn

man ihn so nennen mag, herbeizuführen. Diese Methoden fordern unsere schärfste Kritik, fordern unsern Protest heraus. Es liegt uns daran, von dieser Art der Politik möglichst weit abzurücken. *(Lebhafter Beifall links.)* Wir wollen damit nichts zu tun haben! Herr Dr. Dollfuß mag in seiner Verzweiflung oder mag in einem sträflichen Leichtsinne gehandelt und Praktiken zu Anwendung gebracht haben, die bisher nicht nur in Österreich ohne Beispiel dastehen. Meine Frauen und Männer! In der alten Monarchie hatte die Krone die Möglichkeit, durch Pairschübe eine bestimmte politische Meinung im Herrenhaus zum Durchbruch zu bringen. Das Herrenhaus war auf Grund von Privilegien, auf Grund persönlicher Gnadenakte des Monarchen zusammengesetzt und hatte die Aufgabe, die höfische Politik unter allen Umständen zu sichern. So war der Vorgang von Pairschüben vor besonders wichtigen Abstimmungen schließlich immerhin noch verfassungsmäßig gedeckt und entsprach den antidemokratischen Grundsätzen des früheren Staates. Die Regierung Dollfuß hat es von vornherein gewagt, mit der fragwürdigen Mehrheit von einer Stimme an die allererschwerigsten und folgenschwersten Dinge heranzutreten. Sie gründete ihre Mehrheit auf die Voraussetzung, daß alle Mitglieder der christlichsozialen Partei, des Landbundes und des Heimatblocks, obwohl der Heimatblock schon an und für sich sehr kompromittierend wirkte, ihr mit dieser einen Stimme Mehrheit folgen werden. Und nun wurde die Probe auf das Exempel gemacht. Jetzt hören wir zuerst, daß die Fähigkeit und das Recht, einen Pairschub vorzunehmen, auf den Herrn Fürsten Starhemberg übergegangen ist. Ein prachtvolles Beispiel dafür, wie sich die glorreiche Führeridee auswirkt! Einesteils, was ein solcher Führer imstande ist, und andernteils, daß man auch gegen diesen erlauchten Führer meutern kann. Es hängt nur davon ab, von welcher Seite die Dinge betrachtet werden. Das Eingreifen des Herrn Starhemberg hatte die Wirkung, daß sich bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß das Stimmenverhältnis 80 zu 80 darstellte. Herr Bundeskanzler Dollfuß, 80 zu 80! *(Seitz: 81 zu 81!)* Das spielt keine Rolle; auf das kommt es dem Herrn Dollfuß gar nicht an! Herr Bundeskanzler Dollfuß, Sie existieren nur auf Grund einer Gefälligkeit der Geschäftsordnung und nicht aus einem anderen Grunde.

Der Herr Bundeskanzler Dollfuß konnte in aller Deutlichkeit sehen, daß die Grundlage, auf der die Regierungsbildung sich vollzogen hat, nicht mehr vorhanden ist, und jede andere Regierung hätte es als ihre moralische Verpflichtung angesehen, in der nächsten Stunde zurückzutreten. *(Lebhafter Beifall links.)* Aber wozu sollte sich Herr Dollfuß mit moralischen Einwendungen abgeben? Er hatte jetzt

andere Sorgen. Er begann eine Jagd nach der einen Stimme. Es setzte ein politischer Schacher ein, der heute noch gar nicht zu übersehen ist, denn er vollzog sich nicht vor den Augen der Öffentlichkeit. Es ist eine seltsame Methode angewendet worden: Der Führer der christlichsozialen Partei lag noch auf der Totenbahre und schon gab der Nachfolger sein Votum ab. Heute erleben wir dasselbe Schauspiel. Ich bitte, man kann der Meinung sein, daß dies pietätlos ist, man kann der Meinung sein, daß schließlich die Tagespolitik nicht auf Sentimentalitäten aufgebaut werden kann. Aber interessant ist, daß beide Trauerfälle zugunsten der Einstimmigkeit des Herrn Dollfuß gewirkt haben. *(Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Eine sehr eigentümliche Fügung, die zu denken geben kann! — Sehr richtig!)* Sie werden doch nicht glauben, daß der liebe Gott Ihnen helfen wollte! *(Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Sie glauben das bestimmt nicht, das weiß ich! — Seitz: Das wäre wohl eine Gotteslästerung! — Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Sie sind der letzte, der von Gott reden kann!)* Ich glaube, man soll den lieben Gott nicht mit dieser Politik identifizieren. *(Lebhafter Beifall links. — Ruf rechts: Sie jedenfalls nicht! — Sever: Aber noch abgeschmackter ist es, wenn Sie den lieben Gott in den Mund nehmen! — Anhaltende Zwischenrufe.)* Schauen Sie, wir Sozialdemokraten nehmen zu Agitationszwecken den lieben Gott nicht in den Mund. Das ist Ihre Methode! *(Lebhafter Beifall links. — Zahlreiche Gegenrufe rechts.)*

Und nun begann der Kampf um den Abg. Winzl. Es ist bis heute unwidersprochen geblieben, daß man es versucht hat, den Herrn Abg. Winzl geschäftlich zu boykottieren. Ich möchte fragen, meine Herren, was vorausgegangen ist, bevor der Herr Abg. Winzl gezwungen wurde, sein Mandat niederzulegen. Ich möchte fragen, was nachgefolgt ist, um den Herrn Abg. Winzl dazu zu bewegen, einen gefaßten Entschluß wieder zurückzunehmen. Hier liegt der eklatante Fall einer politischen Erpressung vor, und darüber kommen Sie nicht hinweg. *(Lebhafter Beifall links.)*

Der Herr Dollfuß hat es glücklich dazu gebracht, daß in diesem Augenblick noch gar nicht klar ist, ob der Herr Winzl heute das Recht hätte, seine Stimme hier abzugeben oder ob der Nachfolger schon Platz nehmen soll. Herr Dr. Dollfuß hat es mit seinen Praktiken glücklich dahin gebracht, daß schon von vornherein Stimmen laut werden, die die Gesetzmäßigkeit der Abstimmung in Zweifel ziehen. *(Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Nur habe ich damit nichts zu tun gehabt!)* Haben Sie gar kein Empfinden, Herr Bundeskanzler, wie unwürdig dieser Stimmenchacher ist? *(Lebhafter Beifall links. — Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Unwürdig ist es, die Unwahrheit zu sagen! — Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Glöckel: Es ist einfach eine Schande, daß man aus engherzigem Parteinteresse, daß man aus persönlichen Interessen heraus ein solches parlamentarisches Gaukelspiel aufführt . . . (Beifall links. — Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Sie meinen wohl sich selbst?) . . . zu dem Zwecke, um den Schein zu erwecken, als hätte man eine Mehrheit. (Neuerliche, andauernde Zwischenrufe rechts.)

Präsident: Ich bitte die Herren, die Zwischenrufe einzustellen, und den Herrn Abg. Glöckel bitte ich, seine Rede fortzusetzen.

Glöckel: Durch Schreien werden Sie die Tatsachen nicht wegbringen. Wir brauchen nur zu überzeugen: Die Zusammensetzung dieses Hauses entspricht nicht mehr dem Kräfteverhältnis der politischen Bewegungen außerhalb des Hauses. Die Heimwehr spielt politisch keine Rolle mehr. Landbund und Christlichsoziale haben die größte Angst vor den Neuwahlen, weil sie wissen, daß sie dezimiert zurückkommen werden. Sie haben die Auflösung dieses Hauses beschlossen — warum wohl? Weil Sie selbst wissen, daß hier ein Widerspruch aufsteigt. Allerdings haben Sie die Auflösung des Hauses nur theoretisch beschlossen. (Zwischenrufe rechts.) Die heutige Regierung sucht bewußt, ihre Mehrheit aus politischen Leichen zu bilden. Sie nutzt Todesfälle aus, sie läßt Abgeordnete abberufen, man schreckt vor Terrorakten gegen Abgeordnete nicht zurück, und auf diese zweifelhafte Weise glaubt Herr Dr. Dollfuß ein oder zwei Stimmen Mehrheit zu gewinnen. (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Die Terrorakte bitte zu beweisen!) Ich habe Ihnen gesagt, daß gegenüber dem Abg. Vinzl sicher Terrorakte geübt wurden. (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Das ist eine Vermutung, aber kein Beweis! — Lebhaftes Zwischenrufe.) Das Schreien ist mir gegenüber kein taugliches Mittel, das macht mir nichts. (Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Glöckel: Dazu ist noch ein anderer Umstand festzuhalten. Ich frage die Regierung, ob sie sich einmal Gedanken darüber gemacht hat, was für eine Meinung das Ausland von uns haben muß. (Zwischenrufe rechts.) Es handelt sich um einen Staatsvertrag mit ausländischen Mächten. Noch nie hat es eine Regierung gegeben, die das Ansehen der Regierung und dieses Hauses in so strupelloser Weise herabgesetzt hätte wie die Regierung Dollfuß. (Lebhafter Beifall links.) Um nun allem die Krone aufzusetzen, erklären jetzt Regierungsblätter . . . (Zahlreiche, lebhaftes Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Andauernde, lebhaftes Zwischenrufe.) Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen! Das geht ja schon ins Endlose!

Glöckel: Es nutzt nichts: Durch Schreien wird keine Mehrheit erzeugt! Um allem die Krone aufzusetzen, erklären Regierungsblätter, die parlamentarischen Ereignisse seien der schlüssigste Beweis für das Versagen der Demokratie. (Neustädter-Stürmer: Sehr richtig!) Dieses Taschenspielerkunststückchen wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren! Nicht die Demokratie hat versagt, diese Regierung hat versagt, und die Parteien haben versagt, die diese Regierung stützen, die vor nichts mehr Angst haben als vor der Demokratie. (Lebhafter Beifall links. — Lachen und Zwischenrufe rechts.) Die bürgerlichen Parteien mußten versagen, da sie in einer unerhörten Überheblichkeit das Recht für sich in Anspruch nehmen, mit einer Mehrheit, die immer zweifelhaft ist, dem Staate und dem Volke außerordentlich schwere Opfer aufzuerlegen. Sie wollen nicht auf die Macht verzichten, trotzdem Sie nach demokratischen Begriffen längst nicht mehr das Recht haben, die Macht in diesem Staate auszuüben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. — Neustädter-Stürmer: Haben Sie vielleicht eine sozialistische Mehrheit in diesem Hause?) Wenn eine sozialistische Mehrheit da sein wird, werden wir die Last der Verantwortung übernehmen.

Diese ungemein bedauerlichen Vorfälle um den Vertrag von Lausanne haben auch ihr Gutes. Auch der, der dem parlamentarischen Getriebe etwas ferner steht, sieht nunmehr ein — und dafür sind wir Herrn Dr. Dollfuß dankbar —, mit solchen Mehrheitsverhältnissen kann man einfach nicht regieren, wenn man ein politisches Gewissen hat. Es ist ein sträflicher Leichtsin, so folgenschwere Entscheidungen einfach dem blinden Zufall zu überlassen. (Neustädter-Stürmer: Was für eine Mehrheit schlagen Sie vor? — Gegenrufe Dr. Deutsch. — Zahlreiche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe einzuschränken!

Glöckel: Herr Dr. Dollfuß wird heute, wenn nichts dazwischen kommt, endlich mit einer Mehrheit von einer oder zwei Stimmen — wie nennt man das? — siegen. Es wird ein wirklicher Pyrrhussieg sein, dessen Folgen sich gegen den Sieger wenden müssen. Erpreßt wurde die Mehrheit mit Gewalt und Versprechungen (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Beweise!), ausgenützt wurden alle möglichen Zufälligkeiten. Diese Vorgänge stehen wahrscheinlich einzigartig in diesem Nationalrat da. Das ist die einzige Originalität, die Dr. Dollfuß sein eigen nennen darf. Wir zeigen auf die Art dieser Regie-

Kunststücke, wir zeigen auf die Schande dieses bürgerlichen Regierens, und wir wenden uns an alle Menschen ohne Unterschied der Partei, die anständiges Empfinden haben, darüber ihr Urteil zu sprechen. (*Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Arithmetisch können Sie heute noch mit einer oder zwei Stimmen siegen. Moralisch haben Sie eine Niederlage erlitten, von der Sie sich nicht erholen werden! (*Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe rechts.*)

Foppa: Hohes Haus! Es ist die achte Woche, seitdem dieser erfolgreiche Kanzler aus Lausanne zurückgekehrt ist. (*Rufe rechts: Bravo!*) Ja, klatschen Sie doch, rufen Sie ihm Heil zu, dem Manne, der Österreich befreit hat! (*Lachen und Zwischenrufe rechts.*) Seine erste Äußerung in der Öffentlichkeit nach seiner Rückkehr war die erste Irreführung der Öffentlichkeit. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Was denn?*) Er hat bereits am 4. Juli im Hauptverband der Industrie mitgeteilt, daß er 300 Millionen Schilling gesichert habe und daß spätestens in zwei Monaten diese Anleihe in den Händen der österreichischen Regierung sein werde. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Wo haben Sie das gelesen?*) Das hat dieser Kanzler erklärt, als noch niemand in Österreich Einblick in dieses verhängnisvolle Protokoll hatte. Am 15. Juli hat der Völkerbundrat den Beschluß über dieses prächtige Instrument gefaßt, und am 16. Juli ist es durch die österreichische Presse der Öffentlichkeit übergeben worden. Dann haben die sachlichen Erörterungen in der Öffentlichkeit eingesetzt, und sehr bald mußte sich der Herr Bundeskanzler davon überzeugen, wie ungünstig seine Arbeit in der Bevölkerung Österreichs gewertet wurde. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Ich bin mit dem Wirtschaftsgutachten sehr zufrieden! Jawohl!*) Er hat sich infolgedessen genötigt gesehen, in aller Eile Hilfsstruppen zu sammeln und eine Regierungsoffensive für Lausanne vorzubereiten. Der erste Akt dieser Regierungsoffensive war die Anrufung der Wirtschaftskörperschaften mit einer beige-schlossenen Belehrung des Herrn Bundeskanzlers, von dessen richtigem Wesen ja hier in diesem hohen Hause schon hinreichend gesprochen wurde.

Die Methoden nun, die die Regierung benutzt hat, um sich eine Mehrheit in diesem Hause zu sichern, waren verschiedenartigster Natur. Es hat ein psychologisches Trommelfeuer auf die öffentliche Meinung eingesetzt, es ist alles darauf angelegt worden, um eine Angstpsychose in unserer Bevölkerung zu erzeugen. Seit sechs Wochen wird in Österreich immerfort von einer Währungskrise gesprochen. Nicht die Zeitungen sind die Aufmörder, sondern die Regierung selbst (*Zustimmung und Beifall bei den Parteigenossen*), die die Bevölkerung mit diesen Gerüchten von einer Währungskrise beunruhigt.

(*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Das Schillingdisagio war zu Beginn 33 Prozent und ist jetzt nur mehr 18 Prozent! — Zwischenrufe Prodingers.* — *Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Mit Ihnen red' ich nichts, Herr Prodingers, Sie sind ein Lämmel!*) Das ist dieselbe Regierung, die es wagt, einen Gesetzentwurf gegen den Rufmord in Währungsfragen zu unterbreiten, um damit der Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Kritik zu unterbinden!

Die sachlichen Momente, die gegen diese Anleihe aus wirtschaftlichen und politischen Gründen hier im Hause und draußen in der Öffentlichkeit vielfach aufgezeigt und bis zur Vollendung dargelegt worden sind, sind unerwidert geblieben. Der Herr Regierungschef hat es weder der Mühe wert gefunden oder gewagt, diese sachlichen Argumente zu prüfen und zu ihnen Stellung zu nehmen, noch viel weniger hat er es gewagt, sie zu widerlegen, weil er dazu nicht instande war, und ich stelle fest, daß auch kein Redner der Mehrheitsparteien auf die sachliche Materie des Lausanner Vertrages in diesen Verhandlungen eingegangen ist. Wenn irgend etwas, so ist das ein Beweis für die Schwäche der Regierung bei der Verteidigung dieses Protokolls. Aber ein Argument wurde in vielfältigster Gestalt immer wieder auch hier im Hause vorgebracht. Das war die fromme Frage: Was dann? Das war das einzige, was uns diese Mehrheit zu diesem Protokoll zu sagen hatte. (*Zwischenrufe rechts.*)

Hohes Haus! Wer argumentiert mit einer derartigen Formel: Was dann? Nur der Schwache, der Mutlose und der Feige! (*Rufe: Sehr richtig! in der Mitte.*) Es gäbe keine erfolgreiche Abwehr im Kriege, wenn sich der Feldherr nur von der Frage leiten ließe: Was dann? Die entscheidende Frage ist: Wollen wir die Freiheit oder nicht? Bejahen wir diese Frage, dann müssen wir den Mut zur Durchbruchschlacht haben. Dollfuß hat sich benommen wie ein Feldherr, der die Abwehr nicht einmal in Erwägung zieht. Er hat sich benommen wie ein Feldherr, der im Gegenteil mit allen Kunststücken seine Truppen mutlos macht, und er hat auf der ganzen Linie vor Frankreich kapituliert. (*Zwischenrufe rechts.*) Vor Frankreich kapituliert! Die Pressestimmen Frankreichs liefern den besten Beweis dafür. Es war noch kaum in der Umgebung die Rede des Abg. Kunschak bekannt, da wurde sie schon in den Boulevards von Paris kommentiert, es war noch kaum die Abstimmung in diesem Hause vorüber, hat man in Paris und Frankreich schon über den Sieg frohlockt, der nun endlich in dieser wunderbaren Frage der Anleihe errungen wurde oder errungen werden soll. Das ist die Politik dieser Regierung. Was macht man mit einem Feldherrn, der sich im Kriege so benimmt?

Da wird nicht lange verhandelt, der wäre im Kriege schon längst dort, wohin er gehört. Statt zu sagen: Wir werden siegen, wenn wir siegen wollen, hört man immer nur dieses mannesunwürdige: Was dann? Nur Knechtsinn kann eine solche Haltung diktiert, und diesen Knechtsinn gegenüber Frankreich werden wir bekämpfen, solange wir in diesem Hause Sitz und Stimme haben. *(Beifall in der Mitte.)*

Wir haben aus diesen Gründen gegen diesen Kanzler und seine Regierung einen Mißtrauensantrag gestellt. Am 2. August wurde über diesen Mißtrauensantrag abgestimmt, es ist schon heute gesagt worden, mit 81 zu 81 Stimmen. Keine Regierung der Welt gäbe es, die nach einem solchen Abstimmungsergebnis noch auf ihrem Platze bleiben würde. *(Zustimmung bei den Parteigenossen. — Zwischenrufe rechts.)* Es ist geradezu unerhört, daß eine solche Regierung es noch wagt, sich dem Hause zu stellen. Seit diesem Tage hat die Regierung gewußt, daß sie für diesen Schandvertrag keine Mehrheit hat, und schon haben jene unwürdigen Methoden eingesetzt, um diese eine Stimme Mehrheit in diesem Hause zu ergattern. Die Erörterung dieses Kampfes um eine Stimme in der Öffentlichkeit ist die lächerlichste Groteske, die jemals in einem parlamentarischen Kampfe vorgekommen ist, es ist, gelinde gesagt, ein europäischer Skandal. *(Zustimmung in der Mitte und Zwischenrufe rechts.)*

Mittwoch, den 17., ist dann endlich die Entscheidung in diesem Hause gefallen. Das Ergebnis der Abstimmung war 81 zu 80. Wenn schon der Ausgang der Abstimmung über den Mißtrauensantrag die Regierung noch nicht überzeugt hätte, daß sie mit diesem ihrem Verlangen hier nichts mehr zu suchen hat, so müßte dieses Ergebnis ihr gesagt haben, daß eine solche Entscheidung über einen internationalen Staatsvertrag mit so ungeheuren Folgen keine Entscheidung ist, die irgendeine Regierung verantworten kann. Es ist eine bedauerliche Lücke in unserer Verfassung, daß oft ganz kleine und unbedeutende Gesetze mit Verfassungsbestimmungen versehen sind und daß man für Staatsverträge solche Verfassungsbestimmungen nicht vorgegeben hat. Es wäre wohl eine solche Verfassungsbestimmung in dieser Frage am wichtigsten und notwendigsten gewesen. Wäre aber in diesem Parlamente dieser Staatsvertrag durch die Regierung jemals durchgebracht worden, wenn eine solche Verfassungsbestimmung bestanden hätte? Das ist eine Erwägung, die die Regierung anzustellen hätte, und um so größer ist ihre Verantwortung vor ganz Österreich, vor dem Deutschen Reiche und vor der ganzen Welt.

Auch der Bundesrat hat diesem Vertrag seine Zustimmung nicht gegeben, sondern ihn wieder an das Haus zurückverwiesen. Und nun beginnt der

letzte Akt. Heute hält sich die Regierung vielleicht für stark genug, sich dem Hause zu stellen, weil sie nun glaubt, ihrer Mehrheit von einer oder zwei Stimmen sicher zu sein. In diesen Zwischenraum fällt die Mandatsniederlegung des Abg. Vinzl. Nachdem im Hause der Beschluß über Lausanne gefaßt worden war, hat der Abg. Vinzl über ausdrücklichen Wunsch des Nationalen Wirtschaftsblocks sein Mandat zurückgelegt. *(Zwischenrufe rechts. — Dr. Kolassa: Das ist ein gutes Geständnis!)* Reden Sie deutlicher, wenn ich Sie verstehen soll! Er hat also sein Mandat zurückgelegt, und diese Zurücklegung ist rechtswirksam in unsere Hände gelangt. Diese Erklärung des Abg. Vinzl ist nicht eine Sache augenblicklicher Erwägung gewesen, sondern sie entspricht seiner eigenen Meinung seit Beginn des Kampfes um Lausanne. *(Widerspruch rechts.)* Was wissen Sie davon, Sie haben ja keine Ahnung! Der Abg. Vinzl hat bevor noch im Klub des Nationalen Wirtschaftsblocks der offizielle Beschluß auf Ablehnung des Lausanner Protokolls gefaßt worden war, aus eigenem erklärt, daß er aus wirtschaftlichen Gründen ein grundsätzlicher Gegner dieses Vertrages und daher entschlossen sei, unter allen Umständen dagegen zu stimmen. *(Zwischenrufe rechts.)* Diese Erklärung wurde dem Klub offiziell mehrfach und den einzelnen Abgeordneten gegenüber abgegeben. Aus diesen Gründen hat der Abg. Vinzl nicht aus Klubzwang, sondern ganz ohne Klubzwang für das Mißtrauensvotum gestimmt. *(Zwischenrufe rechts.)* Wenn er für dieses Mißtrauensvotum gestimmt hat, dann hat er es nur getan, weil das Mißtrauensvotum auf Lausanne basiert ist. *(Lichtenegger: Da haben Sie sich jetzt versprochen!)* Ich habe mich nicht versprochen, jedes Wort ist wohl überlegt. Ich sage noch einmal: Wir haben den Abg. Vinzl aufgefordert, das Mandat niederzulegen, und er hat sich dem Wunsche des Nationalen Wirtschaftsblocks gefügt. *(Lärmende Zwischenrufe rechts. — Gegenrufe in der Mitte.)*

Präsident *(wiederholt das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe! Nur der Herr Abg. Foppa hat das Wort, nicht drei oder vier Abgeordnete auf einmal!

Foppa: Im übrigen erkläre ich, daß jede Frage einer Mandatsniederlegung eine interne Angelegenheit des Klubs ist, die niemanden kümmert. Bestanden? *(Widerspruch und Zwischenrufe rechts.)* Wir mischen uns auch nicht in Ihre Angelegenheiten, wenn Sie über Mandate verfügen. *(Anhaltende Zwischenrufe rechts. — Gegenrufe in der Mitte. — Lärm.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe, damit der Herr Abg. Foppa seine Rede fortsetzen kann!

Foppa (fortsetzend): Wir werden vielleicht das nächstemal, wenn wir irgendeine Entscheidung zu treffen haben, vorerst beim Klub der christlichsozialen Partei anfragen, ob wir das tun können. (Lebhafte Zwischenrufe rechts.) Das ist eine Sache, die wir allein auszutragen haben, und die niemand anderen etwas kümmert. (Anhaltende Zwischenrufe rechts.)

Wenn nun so die Mandatsniederlegung des Abg. Binzl freiwillig erfolgt ist, so war es unsere Sache allein, die entsprechenden Schritte durchzuführen, und die wurden von uns durchgeführt. Wenn heute die Öffentlichkeit und die Presse zum Teil von einer absichtlichen Irreführung spricht, so nur deshalb, um die Aufmerksamkeit von den unglaublichen Machenschaften um Binzl herum abzulenken. (Zwischenrufe rechts.) Wir werden schon noch Gelegenheit nehmen, diese ganzen Dinge in der Öffentlichkeit entsprechend aufzurollen. (Rufe rechts: Wir auch! — Pro-dinger: Ihr werdet sehr schlecht dabei wegkommen! — Lebhaftige Zwischenrufe rechts. — Gegenrufe in der Mitte.)

Die Mandatsniederlegung des Abg. Binzl wurde ordnungsgemäß an das Präsidium weitergeleitet und von dem Präsidium der Amtshandlung zugeführt. Und nun beginnt das Unerhörteste in diesen ganzen Vorgängen der letzten Zeit. In eine Amtshandlung des Parlamentspräsidiums — denn eine Mandatsniederlegung ist nach unserer Überzeugung und auch nach Überzeugung aller Verfassungsjuristen eine Angelegenheit des Hauses . . . (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Wo steht das?) . . . in diese Amtshandlung wurde eingegriffen, und zwar seitens der Regierung . . . (Zwischenrufe rechts) . . . wurde bewußt eingegriffen und die Durchführung dieser Amtshandlung verhindert. (Mayrhofer: Beweise!) Der Beweis liegt in dem, was der Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Bundesrat selbst zugegeben hat: daß er von einem Funktionär in Kenntnis gesetzt war, daß ein Telegramm einlangen werde und daß man doch abwarten mußte, bis dieses Telegramm kommt. (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Ich habe diese Mitteilung dem Parlamentspräsidium und dem Innenminister gemacht, sonst gar nichts!) Diese ganze Machenschaft ist etwas noch nie Dagewesenes, und der Verfassungsgerichtshof wird darüber zu entscheiden haben, inwieweit der Regierung und der Hauptwahlbehörde das Recht zusteht, über Widerrufe in dieser Form entscheiden zu können. Eines aber ist sicher: daß hier ein Akt vorgelegen hat, der für alle Zukunft ein Präjudiz schafft, wenn das Parlament nicht rechtzeitig sich gegen derartige Machenschaften, gegen eine derartige ungeheuerliche Hintertreppenpolitik wehrt. Wir hätten gewünscht, daß der Herr Präsident des Hauses die Rechte des Hauses diesen Machenschaften gegenüber in entsprechender Weise zum Ausdruck und zur Geltung bringe. Wer hier jubeln wird, wenn der Verfassungs-

gerichtshof über diese Frage zu Gericht sitzt, das werden wir dann später noch sehen. Wir wissen nur das eine, daß in anderen Fällen die Dinge sehr glatt und einfach und formlos und in der kürzesten Zeit abgeschlossen werden und daß man hier eben lediglich um einer Stimme willen — da kommen Sie niemals darüber hinweg — eine derartige Komödie und derartige Dinge aufführt.

Wir bestreiten — und das sei zum Schluß noch einmal gesagt — in aller Form diesen Beschluß der Hauptwahlbehörde und werden alle Rechtsmittel gegen ihn ergreifen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien mögen es mit sich und mit der Öffentlichkeit ausmachen, wenn sie auf diese Weise in einer für das Land entscheidenden Frage die Mehrheit erreichen. Es ist richtig und kann nicht weggeleugnet werden: Die zwei größten Staatsmänner dieses Staates mußten sterben und die Hintertreppenpolitik in der Form eines förmlichen Mandatsraubes mußte einsetzen, um in diesem Hause für Lausanne die Mehrheit zu gewinnen.

Aber die Regierung, sollte sie auch heute die Mehrheit erringen, wird ihres Sieges nicht froh werden. Sie hat mit dieser ganz kläglichen Politik der letzten Wochen ihre Existenz ein für allemal verwirkt, und von dieser Regierung Dollfuß wird kein großer, entscheidender Akt in diesem Lande mehr gesetzt werden. Noch ist nicht das letzte Wort über Lausanne gesprochen. Wir werden ja sehen, wie die Regierung sich zu der Entschließung des Landbundes verhält. Eines aber möchte ich hier noch allen denjenigen sagen, die da glauben, daß dieser Vertrag, wenn er heute ratifiziert wird, noch einmal dem Hause vorgelegt wird. Das ist wiederum eine bewußte Irreführung. Nur mehr die technischen Bedingungen werden das Haus beschäftigen, der Vertrag wird heute aus dem Hause gehen, und das Haus wird nie mehr mit ihm etwas zu tun haben. Wir werden ja hören und sehen, ob die Regierung nun, nachdem der Vertrag ratifiziert ist, mit großen politischen Errungenschaften aus den Verhandlungen von Genf oder irgendwoher zurückkehren wird. Wir werden ja sehen, ob die Auslandsmächte, nachdem das österreichische Parlament den Vertrag ratifiziert hat, noch irgendeinen Wert darauf legen werden, an diesem Vertrage etwas zu ändern. Ich kann nur sagen: Uns ist es klar, daß, wenn dieser Vertrag hier ratifiziert worden ist, er eben unabänderlich bleibt und daß der Kanzler nach dieser Ratifizierung in Genf nichts mehr erreichen wird. Keine der unerträglichen politischen Bindungen wird aus diesem Vertrage verschwinden. Hätte der Kanzler den ernststen Willen gehabt, wirklich die selbst-erkannten schweren politischen Bindungen aus diesem Vertrag herauszubringen, so hätte er sich nicht auf diese kläglichen Krücken der Mehrheit stützen dürfen, sondern hätte sich stützen müssen auf die Opposition in diesem

Land, hätte er hinausfahren müssen nach Lausanne oder Genf und hätte auf den Widerstand im eigenen Lande hinweisen müssen. Und mit der Kraft dieses Widerstandes hätte er vielleicht eine Reihe politischer Bindungen aus diesem Vertrag herausgebracht. Aber wir wissen es ja: Von Anfang an hatte er nicht den Willen, an diesem Vertrage etwas zu ändern, und er wird auch nichts ändern. Darüber werden wir noch im Herbst sprechen. Wir sind auch neugierig, wie der Landbund sich zu der weiteren Entwicklung dieser Situation verhalten wird.

Ich komme zum Schluß. (*Zwischenrufe rechts.*) Wenn Sie den Wunsch haben, spreche ich noch zwei Stunden.

Zwischen Frankreich und Deutschland wird heute entschieden, und es gibt viele in diesem Parlament, auch in der Mehrheit, die das innerlich glauben und die, nur dem Klubzwange folgend, heute vielleicht ihre Stimme für diesen Vertrag abgeben. Die Folgen werden sich vielleicht bereits äußern, wenn wir im Herbst wieder zusammentreten.

Wir werden diesen Kampf um die Freiheit unseres Vaterlandes fortsetzen und immer wieder der Öffentlichkeit aufzeigen, in wie ungeheuerlich leichtsinniger und unverantwortlicher Weise eine österreichische Regierung das deutsche Volk Österreichs in die Abhängigkeit und Knechtschaft Frankreichs verkauft hat. (*Lebhafter Beifall bei den großdeutschen Abgeordneten.*)

Ich habe am Schluß meiner Ausführungen dem Hause noch einen Antrag vorzulegen, um aufzuzeigen, daß wir der Meinung und Überzeugung sind, daß das österreichische Volk ganz anderer Meinung ist, als sie hier die Regierung und auch die Mehrheitsparteien vertreten. Ich bringe infolgedessen im Namen meines Klubs folgenden Antrag hier ein (*liest*):

„Antrag der Abg. Prodingner, Joppa, Dr. Straßner, Jarboch, Dr. Schneider, Dr. Botawa, Dr. Hampel und Dr. Schürff.

Für den Fall, daß der Nationalrat auf seinem Beschluß vom 17. August 1932 beharren sollte, stellen die Gefertigten den Antrag:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. den in Genf unterzeichneten Anleihevertrag, wolle im Sinne des Artikels 43 des Bundes-Verfassungsgesetzes (§ 70 der Geschäftsordnung) vor seiner Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1929 über Volksabstimmungen auf Grund der Bundesverfassung unterzogen werden.“

⁹¹⁾ Der genügend gezeichnete Antrag Prodingner wird zur Verhandlung gestellt.

Dr. **Migner**: Hohes Haus! Es fällt mir am heutigen Tage, wo jetzt zur selben Stunde die Fahnen vor dem Parlamente auf Halbmast gehißt sind, wo sich dieses Haus, die ersten Funktionäre der Republik, und wo sich das Volk von Wien und nicht nur von Wien, von ganz Österreich anschießt, das Leichenbegängnis des großen Polizeipräsidenten von Wien und Altbundeskanzlers dieser Republik zu begehen, schwer, auf die Ausführungen des Präsidenten Glöckel und des Herrn Kollegen Joppa zu antworten. Meine sehr Verehrten, ich weiß nicht, vielleicht bin ich zu altbacken, zu zimperlich, vielleicht bin ich zu wenig teutonisch kraftvoll (*Heiterkeit rechts*) von meiner Mutter erzogen worden, aber ich empfinde einen derartigen Ton in dieser Stunde hier im Hause der Volksvertretung als einen Akt der größten Pietätlosigkeit. (*Lebhafter Beifall rechts.* — *Stürmische Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten.* — *Prodingner: Heuchelei!*)

Es scheint, daß seit dem Abgange des Herrn Dr. Dinghofer und des Herrn Dr. Frank, ja seit dem Ausscheiden des Herrn Altbundeskanzlers Schober aus der aktiven Politik hier in diesem Hause besonders in der Partei des Nationalen Wirtschaftsblocks ein Radikalismus einreißen müßte — ein Konkurrenzradikalismus, meine Verehrten —, es scheint, daß diese würdigen alten Herren Professoren, Schuldirektoren und Oberlehrer alle sich anschließen müßten, die Aufnahmeprüfung in die nationalsozialistische Partei zu machen. (*Stürmische Heiterkeit und Beifall rechts.* — *Prodingner: Das sind die Aigner-Witze!*)

Meine verehrten Frauen und Herren! Herr Präsident Glöckel hat von dieser Stelle aus dem Herrn Bundeskanzler das Wort zugerufen, er habe erstens mit unerlaubten Mitteln, zweitens in seiner Verzweiflung mit sträflichem Leichtsinne die fragwürdige Mehrheit von einer Stimme zusammengerafft. Herr Präsident Glöckel, gehen Sie herauf und sagen Sie uns, wo ist die Tüchtigkeit des Herrn Bundeskanzlers, die eine solche Qualifikation verdienen würde? Sie haben Behauptungen aufgestellt, ohne hierfür dem Hause auch nur einen strikten und bindenden Beweis zu liefern. (*Rufe rechts: So ist es!*) Sie haben behauptet, ohne zu beweisen. Denn hätten Sie die Beweise für Ihre Behauptungen, so hätten Sie sie dem Hause sicher nicht vorenthalten. (*Lebhafter Beifall rechts.* — *Zwischenrufe.*) Sie müssen ja nicht alles glauben, was Ihre momentanen Koalitionsgenossen Ihnen einsagen. (*Heiterkeit rechts.* — *Dr. Hampel: Ihnen wird man etwas glauben!*) Sie sollten die Herren doch schon etwas kennen! (*Zwischenrufe links.* — *Sever: Sie schmerzt es, daß sie nicht Ihre Koalitionsgenossen sind!*)

Sie werfen dem Herrn Bundeskanzler immer eine fragwürdige Mehrheit vor. Ja, die Mehrheit ist fraglich, weil eine Mehrheit von einer Stimme etwas

immerhin Schwieriges ist. Aber ich frage Sie und das ganze Haus: Wer ist schuld daran, daß in diesem Hause alle die schwierigen Dinge einer Krisen- und Notzeit, in der Volk und Vaterland leben, nur von der Regierung gemeistert werden müssen, die im besten Falle eine Stimme Majorität hat? Nein, gehen wir etwas zurück, wir haben uns nicht darauf kapriziert, hier diese Regierungsstelle einzunehmen. *(Rufe links: Ah?)* Der Herr Bundeskanzler und das ganze Haus hat heute ein Beispiel dafür, wie angenehm, wie herzerfrischend und herzerfreuend es für einen ernsten Mann sein muß, mit einer solchen Opposition in einer Zeit dringender Not die Geschäfte des Volkes und des Vaterlandes zu führen. Es ist wahrlich kein Vergnügen! *(Lebhaftes Zustimmung rechts. — Prodingen: Das Vaterland dankt für solche Geschäfte wie der Lausanner Vertrag!)* Um das Vaterland sorgen Sie sich herzlich wenig! *(Prodingen: Lassen Sie das Volk abstimmen über Lausanne, da werden Sie die Antwort bekommen!)*

Wir haben Ihnen, meine Verehrten, zu einer Zeit, wo die Not immer mehr und mehr gestiegen ist, die Hand zu gemeinsamer Arbeit geboten durch den Mund unseres verewigten Altbundeskanzlers Dr. Seipel. Er ist auch vor Ihre Partei, Herr Präsident Glöckel, hingetreten und hat Sie ersucht, man möge jetzt in der allgemeinen Not zusammenstehen und zusammenarbeiten, um das Ärgste an Volk und Vaterland zu verhindern. Wer hat die kalte Schulter gezeigt? Sie haben sich über politische Gründe nicht erheben können. Der Herr Altbundeskanzler Dr. Seipel war groß genug, den Gang zu Ihnen zu machen aus Liebe zum gesamten Volke, zum gesamten Vaterlande. *(Stürmischer Beifall rechts. — Rufe rechts: Bravo Aigner!)* Wir sind nicht schuld daran, daß hier in so schwerer Zeit mit einer Stimme Mehrheit regiert werden muß, nicht wir sind schuld daran, daß die Regierung sich diese Stimme von Fall zu Fall sichern muß, nicht wir sind schuld daran, daß unser Herrgott, Herr Präsident Glöckel . . . *(Prodingen: Die Bestimmungen des Vertrages sind schuld daran!)* Nein! . . . nicht wir sind schuld, daß irgendeine Erkrankung in den Reihen der Regierungsmehrheit die ganze Geschäftsführung in Frage stellt. Wir wollen arbeiten, und wenn derer, die nicht arbeiten wollen, so viele sind, dann können wir eben nichts dafür, dann arbeiten wir eben so lange, als wir gerade können.

Es wurde von politischem Schacher aus Anlaß der Todesfälle gesprochen. Vielleicht werden Sie dem Herrn Bundeskanzler noch imputieren wollen, daß er sich die Todesfälle, die wir alle so tief beklagen, bestellt habe. *(Rufe rechts: Sehr gut!)* Es ist ja alles möglich bei einer solchen Kampfweise gegenüber einer so eminent staatlichen Notwendig-

keit, wie es der Vertrag von Lausanne heute darstellt.

Es hat Herr Präsident Glöckel erklärt, es wäre sehr interessant, zu wissen, was dem Briefe des Herrn Vinzl, worin er sein Mandat niedergelegt hat, vorangegangen und was dann diesem Briefe gefolgt sei. Er weiß es also nicht. Trotzdem redet er von „politischen Schachzügen“, trotzdem redet er von „unerlaubten Mitteln“. Nun, ich werde Ihnen sagen, was vorausgegangen ist. Ich konstatiere jetzt vor aller Öffentlichkeit, daß der Herr Bundeskanzler bis zur Mittagsstunde des Tages, an welchem der Brief des Herrn Vinzl eingelangt ist, also zu einer Zeit, wo der Brief schon lange hier war, keine Abnung davon gehabt hat, daß der Herr Abg. Vinzl sein Mandat zurücklegen wird. *(Zarboch: Aber er hat gewußt, daß andere ihn zu beeinflussen versuchen!)* Aber heute wissen wir, Herr Kollege Zarboch, daß dem Herrn Abg. Vinzl gesagt worden ist . . . *(Lebhaftes Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten. — Zarboch: Aber zwei Stunden danach — was hat er da gesagt?)* Daß dem Herrn Abg. Vinzl gesagt worden ist . . . *(Anhaltende, lebhaftes Zwischenrufe. — Rufe rechts: Ruhe! Ruhe!)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe! *(Rufe rechts: Die Wahrheit wollen Sie nicht hören!)*

Dr. Aigner (fortfahrend): . . . daß dem Herrn Abg. Vinzl gesagt worden ist, bevor er den Brief unterschrieben hat, es sei die Lausanner Angelegenheit schon glatt erledigt. *(Zarboch: Das ist eine Unwahrheit! Erbringen Sie den Wahrheitsbeweis! — Foppa: Erbringen Sie den Beweis dafür!)* Da fragen Sie Ihren Herrn Abg. Vinzl, der wird Ihnen die Antwort erteilen. *(Lebhafter Beifall rechts. — Zwischenrufe Foppa.)* Ich erhebe hier also den Vorwurf, daß man unter Vorpiegelung falscher Voraussetzungen von dem Manne mit den verbrauchten Nerven den Mandatsverzicht herausgelockt hat. *(Lebhaftes Zustimmung rechts. — Anhaltende Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten.)* Fordern Sie mich nicht heraus, dies mit einem stärkeren Ausdruck zu bezeichnen! *(Lebhaftes Rufe bei den großdeutschen Abgeordneten: Verleumdung! — Foppa: Das sind die Methoden, mit denen Sie arbeiten! — Anhaltende Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Dr. Aigner (fortfahrend): Für die rechtliche Frage ist entscheidend die Tatsache, daß nicht der Präsident des Hauses über einen Mandatsverzicht oder einen Mandatsverlust entscheidet, sondern die Hauptwahlbehörde. *(Prodingen: Da gibt es keine Entscheidung, sondern nur zur Kenntnis nehmen!)*

Der Herr Präsident bringt die Zuschrift lediglich der Hauptwahlbehörde zur Kenntnis, und der Herr Präsident hat heute hier amtlich festgestellt, daß er dieser seiner Aufgabe restlos entsprochen hat.

Hohes Haus! Ich möchte aber nach diesen Feststellungen jetzt in aller Ruhe eines sagen: Meine verehrten Frauen und Herren, haben Sie nicht auch das Gefühl, ... (Prodinger: Daß unser Volk verraten wird — das Gefühl haben wir! — Zahlreiche Gegenrufe. — Lärm.) Haben Sie nicht das Gefühl, ... (Prodinger: Daß unser Volk von Ihnen verraten wird!) ... daß es von Ihnen an der Nase herumgeführt wird! (Lebhafte Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten und Gegenrufe rechts. — Manhalter: Wir Bauern, wir sind Österreicher! — Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Rufe bei den großdeutschen Abgeordneten: Volksverrat! — Foppa: Volksverrat ist das! — Heftige Gegenrufe rechts. — Streeruwitz: Sie werden mir nicht Volksverrat vorwerfen!) Ich bitte um Ruhe! Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze nicht zu verlassen. (Prodinger: Volksverrat ist es! — Anhaltende, stürmische Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten und Gegenrufe rechts.) Aber ich bitte, doch den Redner Ihrer Partei sprechen zu lassen! (Stürmische Rufe rechts: Wir sind Deutsche!) Aber ich bitte um Ruhe! — Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Migner, seine Rede fortzusetzen.

Dr. Migner (fortfahrend): Heute wurde gegen den Herrn Bundeskanzler seitens des Herrn Abg. Foppa der Vorwurf erhoben, daß er ... (Anhaltende Zwischenrufe Foppa, Zarboch und Prodinger. — Heftige Gegenrufe rechts. — Paulitsch: Hochverräter!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Anhaltende Rufe Prodinger: Volksverrat!) Herr Abg. Prodinger, ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. (Fortgesetzte Zwischenrufe rechts.) Ich bitte die Herren um Ruhe! Ich bitte Sie, doch den eigenen Redner nicht zu unterbrechen!

Dr. Migner (fortfahrend): Hohes Haus! Es ist vom Herrn Abg. Foppa heute dem Herrn Bundeskanzler vorgeworfen worden, daß er die Wirtschaftskörper über Lausanne befragt hat. Na, wenn er das nicht gemacht hätte, so wäre das heute — davon bin ich überzeugt — als Gegenargument aufmarschiert: Nicht einmal die Wirtschaftskörper hat man sich zu fragen getraut, denn die wären geschlossen gegen den Schandvertrag, der gegen die Interessen der Wirtschaft gerichtet ist, gewesen! Wie man's halt braucht!

Der Herr Abg. Foppa hat erklärt, ein psychologisches Trommelfeuer sei losgelassen worden (Rufe rechts: Hu! Hu!), ja ich habe gesehen, wie sein langer Bart dabei gezittert hat noch heute in Erinnerung an diese psychologische Trommelfeuerstimmung. (Heiterkeit rechts. — Zwischenrufe bei den großdeutschen Abgeordneten.) Spielen Sie doch kein Theater! (Rufe rechts: Sehr richtig!) Sagen Sie ehrlich, daß Sie herzlich froh darüber sind, daß es hier im Hause Leute gibt, die ungeachtet aller Ihrer Anwürfe die Staatsnotwendigkeit von Lausanne erfüllen. (Stürmischer Beifall rechts. — Zarboch: Eine schöne Staatsnotwendigkeit! Es ist eine Staatsnotwendigkeit, uns an Frankreich zu verraten!) Sie sind ja froh, daß wir solche Patrioten sind, die Dinge ohne Sie zu machen, weil wir wissen, daß es notwendig ist. Oder wissen Sie es besser? Sie haben heute, Herr Kollege Foppa, erklärt, Rumschaf habe geglaubt, mit seiner großen Frage: Was dann? Staat machen zu können. Sie haben auch keinen Staat gemacht, denn Sie sind die Antwort auf die Frage: Was dann? bis jetzt, wo Lausanne verabschiedet werden soll, der ganzen Öffentlichkeit schuldig geblieben! (Lebhafte Beifall rechts.) Ich frage Sie: Was dann? Ich habe Ihnen neulich schon gesagt, als Sie behaupteten, Lausanne regle die österreichische Frage nur für zwei Monate, und habe Sie eingeladen: Kommen Sie herauf und sagen Sie uns etwas, was die österreichische Frage für drei oder vier Monate regelt. Sie sind die Antwort schuldig geblieben! (Zustimmung rechts.) Sie haben sich in die Brust geworfen und haben erklärt: nationale Selbsthilfe! Stehen Sie auf, Herr Kollege Foppa und Herr Prodinger, und sagen Sie uns: Wo wollen Sie am Staatshaushalt noch kürzen? Beim Sachaufwand? Wo keine Brücke mehr gebaut, keine Straße mehr repariert werden kann! (Zustimmung rechts. — Zwischenrufe in der Mitte.) Oder vielleicht am Personalaufwand? Sie die patentierten Beamtenvertreter, wollen Sie am Personalaufwand noch sparen? Ich frage Sie wieder: Was dann? Sagen Sie uns das Sanierungsprogramm mit dem man ohne Lausanne, ohne Umwandlung der kurzfristigen Verpflichtungen des Staates in langfristige, sagen Sie uns, meine Verehrten, wie man ohne Nachtragsbudget und ohne Varenumsatzsteuer über dieses Jahr in Österreich hinwegkommen könnte. (Zustimmung rechts. — Zwischenrufe in der Mitte.) Wir wären ja froh, wenn wir keine neuen Schulden machen müßten, nur müssen Sie für das Geld sorgen. Gehen Sie zum Völkerbund und machen Sie eine Anleihe, Herr Kollege Foppa! (Foppa: So etwas hätte ich niemals zurückgebracht!) Sie haben unlängst in diesem Hause erklärt, daß Reichskanzler von Papen in Lausanne einen großen Fehler gemacht habe, weil er nicht an Ort und

Stelle das Zustandekommen dieses Vertrages verhindert hat. Nun sage ich Ihnen — ich weiß es von Herren, die mit dem Bundeskanzler in Lausanne waren —, daß niemand mehr die österreichische Regierung unterstützt hat als gerade Herr von Papen, als gerade der Kanzler des großen Deutschland. Und verzeihen Sie, Herr Kollege Foppa, wenn ich Ihnen sage, daß mir das Urteil des Kanzlers eines Reiches mit 68 Millionen Einwohnern doch etwas gewichtiger erscheint, als das Urteil eines Parteimannes, des Führers einer Partei, die vielleicht übermorgen schon den letzten Wähler verloren hat. *(Heiterkeit rechts. — Zarboch: Nur Geduld!)*

Hohes Haus! Es sollte doch endlich einmal in diesem hohen Hause die Überzeugung wach werden — auf einmal wird sie nicht kommen, aber schön langsam —, daß man mit solchen Tönen und solchen Methoden der Verdächtigung, die so weit gehen, daß drüben im Bundesrat die Mitglieder der Regierung als Verbrecher bezeichnet worden sind, in Österreich nicht weiterkommt. Gehen Sie hinaus, fragen Sie den einfachsten Mann aus dem Volke. Es ist, Herr Brodinger und Herr Foppa, keine Sache von persönlichem teutonischem Mut, wenn solche Herren, die zwar nach außen groß und und massiv sind, über den kleinen Bundeskanzler herfallen, der dafür aber innerlich stärker und wertvoller ist als Sie. *(Lebhafter Beifall rechts. — Zarboch: Auf einmal sind Sie zart besaitet!)*

Herr Kollege Zarboch, ich sage Ihnen folgendes: Ich protestiere im Namen jener, die auch in diesem Hause und auf dem Gebiete der Politik etwas auf gute Erziehung und Anstand halten, dagegen, daß in diesem Hause aus Furcht vor der nationalsozialistischen Konkurrenz immer mehr Töne und Methoden einreißen, die uns vom Volke draußen auf das schwerste übelgenommen werden. Es geht, hohes Haus, auf die Dauer nicht, daß wir von unserem Volke, von den Arbeitslosen, von den Leuten, die von heute auf morgen leben, Autorität vor den Gesetzen, die wir machen, von den Funktionären des Staates, von den Mitgliedern der Regierung Autorität von Leuten verlangen, die keine Immunität haben und infolgedessen, wenn sie sich vergehen, sofort von den öffentlichen Organen belangt werden, zur selben Zeit, wo uns wir, die Elite des Volkes, die wir das österreichische Volk hier vertreten, auf ein politisches Niveau begeben, das man draußen in der Öffentlichkeit nicht versteht. Das geht doch nicht, daß wir uns alle gegenseitig der Gefinnungslumperei und des Verrates am Volke bezichtigen. Wenn Sie wirklich der Ansicht sind, daß hier auf diesen Bänken lauter Volksverräter und lauter Lumpen sind, dann hätten Sie schon längst die Pflicht gehabt, hier in diesem Staate reine zu machen. So ist es aber nicht, es sind lediglich Auswüchse der Demokratie, Auswüchse der partei-

politischen Agitation. Das sind Methoden, die nicht bloß jeden anständigen Menschen, sondern auch draußen dem Volke ins Gesicht schlagen.

Die Herren Abg. Glöckel und Foppa haben heute gesagt, die Regierung werde des Sieges von Lausanne nicht froh werden. Jawohl, wir werden nicht froh sein, denn wir wissen, welche ungeheure Last und Verantwortung nicht bloß jedem einzelnen aufgeladen werden, sondern auch draußen dem ganzen Volke. Wir werden nicht froh sein, nein, dazu sind wir zu ernst, dazu nehmen wir das Geschäft der Interessenvertretung für unser Volk draußen zu ernst. Wir werden nicht froh werden. Aber ich sage Ihnen auch, wir werden nicht müde werden, hier in diesem Hause unentwegt mit jenen, die auf unserer Seite stehen, das zu schaffen, was nun einmal getan werden muß, und das ist die Erfüllung der staatlichen Notwendigkeiten, nicht der Regierung halber, sondern des Volkes und unseres armen gequälten österreichischen Vaterlandes wegen. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Sainzl: Verehrte Frauen und Herren! Heute noch im letzten Stadium, das der Anleihe von Lausanne gewidmet ist, streiten Sie sachlich für und wider die Anleihe. Ohne daß ich mich von irgend jemandem hätte beeinflussen lassen, seien es Aufrufe politischer oder anderer Verbände, seien es Flugschriften oder Zeitungstimmenmachen, stehe ich auf dem Standpunkte, gegen Lausanne zu stimmen. Die Gründe, die mich dazu veranlassen, sind die Erfahrungen, die ich zum Teil in der eigenen Wirtschaft mache, und Gründe, die mir von Leuten nahegelegt werden, die selber in der Wirtschaft stehen, die selber Wirtschaftsverbände leiten, die selber draußen mitten im Leben stehen und erklären, daß diese Anleihe von Lausanne nicht genommen werden sollte.

Daß dieser Kampf um Lausanne in den einzelnen politischen Gruppen, wie sie hier im Parlamente sitzen, verschiedene Stimmungen hervorgerufen hat, das weiß ich. Ich weiß, daß innerhalb der politischen Gruppen, die hier ihre Wähler zu vertreten haben, Leute sitzen, die mit der Anleihe von Lausanne nicht einverstanden sind, die hier aber mitstimmen und mittun *(Kunschak: Das ist ein Märchen!)*, weil es vielleicht weniger Kreise sind, die dadurch betroffen werden, am allerwenigsten vielleicht Sie, Herr Kunschak, der Sie vielleicht gar nicht wissen, wie es den Leuten auf 1000 und 1500 Meter Höhe ergeht, die um jeden Groschen ringen, den sie Ihnen einliefern und abliefern müssen, ohne irgend etwas dafür zu bekommen. Ich weiß, daß innerhalb der Reihen des Landbundes die Stimmen um Lausanne geteilt sind. Wenn hier eine straffe Klubdisziplin verlangt und bestimmt, daß der Landbund geschlossen für Lausanne zu stimmen hat, so bin ich der Überzeugung und bin mir klar, daß die Leute draußen die Stellung ihrer Vertreter hier im Volkshause nicht zur Gänze verstehen.

Es ist heute darauf angespielt worden, und zwar von einem Redner der sozialdemokratischen Partei, daß innerhalb des Heimatblocks die Verhältnisse so seien, daß man von Meuterern sprechen müsse. Ich meine, was sich innerhalb des Heimatschutzes tut, das ist eine interne Angelegenheit, und es ist durchaus nicht Sache des Abg. Glöckel, von unseren Verhältnissen im Heimatschutz zu sprechen. Wenn ich und vielleicht auch mein Kamerad Ebner hier auf den Standpunkt gekommen sind, die Anleihe von Lausanne abzulehnen, tun wir es deshalb, weil wir der Überzeugung sind, daß mit der Anleihe von Lausanne das Wirtschaftselend nicht behoben wird. Wir haben, bevor der Herr Bundeskanzler nach Lausanne gefahren ist, Gelegenheit gehabt, dem Herrn Bundeskanzler unsere Meinungen — hier muß ich sagen, unsere unmaßgeblichen Meinungen, da ja darüber hinweggegangen wurde — mitzuteilen. Wir waren der Auffassung, man hätte zuerst — und ich glaube, das wäre auch die logischere Folge gewesen — über den Aufbau der Wirtschaft wirklich intensiv und zweckmäßig beraten müssen. Man hätte in weiterer Folge daraus ableiten können, in welcher Weise das Nachtragsbudget zu behandeln wäre, und nachdem das Nachtragsbudget fertiggestellt worden wäre, hätte man sehen können, um welche Beträge es sich handeln und handeln müsse, wenn man trotzdem noch Anlaß fände, nach Lausanne zu gehen. Diese Reihenfolge hätte uns allen die Möglichkeit gegeben, alle die Dinge, die im Lausanner Vertrag stehen, in das Nachtragsbudget und in das Aufbauprogramm der Wirtschaft einzufügen, alle die Dinge, die uns draußen bewegen und womit man uns hereinjückt, ganz zur Kenntnis und zur Vereinigung zu bringen.

Sie sehen also, daß die Gründe, warum ich und mit mir der Kamerad Ebner auf dem Standpunkte stehen, gegen Lausanne zu stimmen, lediglich sachliche Gründe sind. Niemand vermag uns von dieser sachlichen Beurteilung auf irgendein anderes Gebiet abzudrängen. Heute, nachdem Lausanne angenommen werden soll und nachdem man sich mit Lausanne beschäftigt, ist es selbstverständlich notwendig, daß man die im Vertrage von Lausanne festgesetzten Bestimmungen, unter anderem die Insgleichgewichtsbringung unseres Budgets, vornehmen müsse. Im Zusammenhang mit diesen Vereinigungen und mit diesem Ausgleich in unserem Budget kommen natürlich die Steuererhöhungen, kommt die Warenumsatzsteuererhöhung, der Kräftenzuschlag, kommen die Postgebührenerhöhungen usw. Wir hätten gewiß — und ich habe das damals dem Herrn Bundeskanzler gesagt — Vorschläge gemacht, weil heute ja vielfach mit der Frage geantwortet wird: Was dann? oder: Machen Sie uns Vorschläge, was man tun sollte. Wir haben Vorschläge angedeutet und hätten Vorschläge gemacht, nur hätte man uns rechtzeitig Gelegenheit geben sollen, die Vorschläge

hier zu vermitteln und zu überbringen, die draußen aus den Köpfen der Wirtschaft kommen, und die sind ja schließlich, trotzdem der eine vielleicht „nur“ Genossenschaftsvorstand, der andere „nur“ Bürgermeister usw. ist, auch nicht „aufs Hirn“ gefallen, wie wir uns draußen auszudrücken pflegen. Das sind doch Leute, die infolge ihrer wirtschaftlichen Tüchtigkeit an die Spitze der einzelnen Organisationen und Gemeinden zu treten vermochten und dadurch den Beweis erbracht haben, daß sie mit der Wirtschaft umzugehen verstehen. Man wird diese Erhöhungen vornehmen müssen, und wir werden in der nächsten Ausschreibung der Steuern — und hier wende ich mich insbesondere an die Gewerbetreibenden und Bauern dieses Hauses — sehen müssen, daß die Steuern erhöht worden sind. Ich möchte denjenigen Abgeordneten von Ihnen, meine Herren, aus bäuerlichen und gewerblichen Betrieben sehen, der selbst als Bauer oder Gewerbetreibender im Leben steht und sich nicht an die Brust klopfen und sagen müßte: Es ist auch meine Schuld. Wir haben heute draußen schon mit Steuerrückständen in unerhörtem Maße zu rechnen. Wir wissen, die Bauern und Gewerbetreibenden draußen ringen um ihre Existenz; ich glaube, daß ich, wenn ich davon spreche, nicht etwa in den Geruch komme, daß ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Landwirtschaft ein gewichtiger Teil der Gesamtwirtschaft ist und in ihrer Entwicklung mit der Gesamtwirtschaft derart eng verbunden ist, daß sie in ihrem Aufstreben mitbetroffen oder mit ins Glend gezogen wird. Wir haben draußen Steuerrückstände zu verzeichnen, die sich auf Jahre zurückziehen. Werden wir diese Steuerrückstände aufbringen können, wenn wir gleichzeitig Steuererhöhungen auf uns nehmen müssen? Vergessen Sie nicht, daß wir draußen Bauern haben, bei denen infolge der Entwertung des Holzes und der Entwertung ihrer anderen Produkte im großen und ganzen die Wirtschaft längst in ihrer Ertragsfähigkeit weit hinter dem Einkommen eines Arbeitslosen zurückgegangen ist. Haben wir uns jemals damit befaßt, diese Leute überhaupt von Steuern zu befreien? Nein, wir lasten ihnen weitere Steuern auf, wir erhöhen die Steuern, die sie einzubringen haben, und betreiben dadurch bewußt oder unbewußt — ich sage mir bewußt und sage das gerade denjenigen, die aus dem bäuerlichen und gewerblichen Leben hieher in die Volksvertretung kommen und für diese Maßnahmen stimmen — Bauernlegerei. (*Gierlinger: Wird es ohne Lausanne besser?*) Vielleicht kennen Sie die Verhältnisse besonders in den Alpenländern zu wenig, Herr Gierlinger. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir den Wünschen dieser Leute Rechnung zu tragen haben — dazu sind wir verpflichtet —, aber wir dürfen nicht rücksichtslos über ihre Wünsche hinweggehen.

Es kommen heute Fälle vor, die dem Herrn Abg. Gierlinger, der nicht so sehr von der alpenländischen Wirtschaft hergekommen ist, vielleicht weniger bekannt sind, aber bei uns in den Alpenländern werden Besitzungen oft schon unter Zwangsverwaltung gestellt. Wenn wir heute einen Steuerrückstand zu verzeichnen haben, vielleicht nicht unter Zutun des betreffenden Finanzverantwortlichen des Landes, so verweise ich zunächst auf unsere obersteirischen Verhältnisse. Aber wir haben heute Zwangsverwaltungen draußen zu tragen bei Besitzern, die heute mit nicht mehr als $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent ihres gesamten Vermögens mit der Steuer im Rückstand sind. Was heißt Zwangsverwaltung? Wenn das Steueramt einen Bauern zwecklos auffordert — und zwecklos ist es ja unter den heutigen Umständen ganz selbstverständlich, weil das Geld nicht mehr hereinkommt —, die Steuer zu zahlen, und der Betreffende zahlt nicht, weil er nicht zahlen kann, wird die Zwangsverwaltung eingesetzt. Ich bin ein Gegner der Zwangsverwaltungen, nicht etwa darum, weil ich die Zwangsverwaltung fürchte, sondern weil ich die Zwangsverwaltung nicht zu begreifen vermag. Was heißt eine Zwangsverwaltung? Der Bauer da draußen hat sich auf seinem Grund und Boden geschunden und gerackert, um für seine Kinder und seine Nachkommen die Existenz weiterzuerhalten und zu vererben, und der Bauer wird immer bestrebt sein, das Beste aus Grund und Boden herauszuholen. Und irgendein Zwangsverwalter aus einer Gemeinde oder einem Gebiet, das mit der Landwirtschaft gar nichts zu tun hat, wird dem Betreffenden, der schon von seinen Vorfahren her gelernt hat, wie die Wirtschaft zu führen ist, nicht lernen können, wie man aus der Wirtschaft die Steuern herausbringt. Entweder ist der betreffende Besitzer ein Verschwender, ein Spieler oder ein Trinker, dann gehört er unter Kuratel. Gehört er nicht unter Kuratel, dann haben die Regierung und die Landesbehörden zu untersuchen, warum er im Rückstand ist. Bisnun sind wir angewiesen, die Untersuchungen selber zu machen, und zwar in allen Fällen. Ich muß sagen, mit geringen Ausnahmen sind wir darauf gekommen, daß es lediglich der Bundesbeschlag ist, der die Leute drängt, der die Zwangsverwaltungen herbeiführt, daß es der Bundesbeschlag ist — und schließlich ist dieser in der Volksvertretung durch seine Vertreter hier verkörpert —, der die Leute mit solchen Drangsalen und mit solchen Maßnahmen umschürt.

Wenn wir da unter solchen Umständen von einem agrarischen Kurs sprechen, dann, glaube ich, verkennen wir die Verhältnisse draußen. Ich gebe zu, daß in agrarischer Beziehung in den letzten Monaten einiges getan wurde, um die Verhältnisse nicht noch schlimmer werden zu lassen. Ich muß aber behaupten, daß mit dem Augenblick, als man den Niedergang

der wirtschaftlichen Verhältnisse draußen auf dem Lande aufgehalten hat, sich eine andere Gruppe gefunden hat, die heute schon schreit und sagt: Das ist unerträglich, die agrarischen Interessen so in den Vordergrund zu ziehen. Ich kann aber gleichzeitig der Bundesregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Verhältnisse der ländlichen Wirtschaft viel zu wenig berücksichtigt hat. In einer Aussprache, die wir mit Mitgliedern der Regierung geführt haben, haben wir vom Herrn Bundeskanzler eine Senkung des Zinsfußes verlangt. Ich weiß, daß an dieser Frage, die eine der wichtigsten Aufgaben wäre, sehr viel herumgeseilt wird; aber ebenso bin ich überzeugt, daß von einer solchen Senkung des Zinsfußes noch lange nichts zu spüren sein wird, denn wenn auch der Zinsfuß einigermaßen gesenkt werden sollte, so wird das durch die verschiedenen Steuern und die anderen Mehrauslagen, die der Wirtschaft durch gesetzliche Maßnahmen verursacht werden, wieder wettgemacht.

Ich habe dem Herrn Bundeskanzler auch erklärt, daß man auf dem Gebiete der Verwaltungsreform Maßnahmen durchführen sollte, die, auch wenn sie nicht populär sind, Ersparungen mit sich bringen und zwecklose Geldausgaben verhindern würden. Es ist hier von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner über die Vorgänge im Bundesrat gesprochen worden. Wozu wird denn dieser Bundesrat noch länger beibehalten? Was haben wir denn von diesem Bundesrat? Wer die unappetitlichen Vorgänge im Bundesrat und die unappetitlichen Vorgänge betrachtet, die sich hier überhaupt in den letzten Wochen abgespielt haben, muß sich sagen, daß es ohnehin kein Schade ist, diese Zustände und Einrichtungen zu beseitigen. Die Aufhebung des Bundesrates wäre eine Maßnahme, die von aller Welt verstanden würde, und gleichzeitig eine Sparmaßnahme. Wir wissen auch, wie zwecklos die vielen Landtage in Österreich bei der gleichzeitigen Verkammerung der Wirtschaft sind. Man wird mir daher zustimmen, wenn ich sage, daß auch die Landtage aufgehoben werden sollen, bis wir über diese schweren Zeiten hinweg sind. Vielleicht kommt man dann zu der Überzeugung, daß die Ersparung der Landtage eine bleibende Einrichtung sein könne. Es gibt so viele Möglichkeiten zum Sparen, daß wir diese Anleihe nicht notwendig hätten, wenn wir ernstlich gespart hätten.

Ich will aus den vielen Zuschriften, die ich über diesen Gegenstand bekommen habe, nur einige Zeilen aus einem Briefe vorlesen, den mir ein Bürgermeister aus Tirol schreibt. Dort heißt es (*liest*): „In dumpfer Verzweiflung harrend und den Augenblick ersehnd, im wilden Kampfe gegen die bekannnten inneren Feinde . . .“ — damit meint er jedenfalls die Leute, zu denen ich besonders im Gegensatz stehe und denen Sie dadurch Schützenhilfe leisten,

daß Sie unlängst meine Auslieferung beschlossen haben. Nachher wundern Sie sich, wenn Sie von Personen, wie Glückel und Dr. Bauer, in der perfidesten Weise (*Präsident gibt das Glockenzeichen*) angegriffen werden, von Leuten, die Sie selber stark gemacht haben, so daß ich mich wundere, daß Sie, die starke bürgerliche Partei, es sich gefallen lassen müssen, in solcher Art und Weise behandelt und erniedrigt zu werden. — Er schreibt also (*weiterlesend*): "... gegen die bekannnten inneren Feinde die altgewohnte Freiheit wieder zu erringen wartet das Land- und Bauernvolk und sieht ungeduldig zu, wie sich unsere Regierung bemüht, die versprochene Auslandanleihe zu erhalten, welche ja doch nichts anderes bedeutet, als eine Galgenfrist und ein weiteres Fortwursteln mit der der Wirtschaft unerträglichen Beamtenbureaucratie.

Hierorts weiß jedes Schulkind, daß die heute bestehenden Schulden des Bundes, der Länder, Gemeinden und Privaten nicht mehr bezahlt werden können.

Es wäre daher wohl ein Verbrechen, bewußt einen Konkurs oder Ausgleich länger als erlaubt hinauszuschieben, da das Unvermeidliche doch kommen muß und je später desto schlechter.

Es muß sich naturgemäß wieder einmal alles in natürliche Grenzen richten, das heißt, unsere Verwaltung nach der Wirtschaft und nicht umgekehrt.

Wo wir hinblicken, überall Elend und Not, größte unerträgliche Arbeitslosigkeit, auf den Bildungsstätten, Universitäten ein nie dagewesener Zudrang, welcher von der Wohlhabenheit der Intelligenz Zeugnis gibt, die werktätige schaffende Bevölkerung hingegen vollständig verarmt.

Die manuelle Arbeit ist heute verflucht und jeden Erfolges beraubt."

Davon können die Landwirte, die Gewerbetreibenden und die mit uns lebenden Standes- und Berufsgruppen das beste Zeugnis ablegen.

"Hätte man längst einen mit unserer Wirtschaft in Einklang zu bringenden Abbau unserer öffentlichen Verwaltung durchgeführt, wäre viel Elend erspart geblieben. So aber wird die Gesundung unseres Staates ohne schmerzvolle Operation nicht erfolgen."

Das schreibt ein Bürgermeister aus einer Gebirgsgegend in Tirol. Ich bin bereit, den Herren von Tirol darüber nähere Erklärungen zu geben. Aber der Mann ist doch nicht deshalb, weil er nur Bürgermeister und nicht Abgeordneter ist, etwa nicht in der Lage, ein Urteil abzugeben, das als gesund und richtig anerkannt werden muß. Ich habe noch mehrere ähnliche Schreiben erhalten. Ich bin überzeugt, daß in den verschiedensten Gruppen, deren Vertreter heute für Lausanne stimmen, eindringliche Stimmen laut geworden sind, Lausanne abzulehnen, und auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich meiner

Wirtschaft, meinem Vaterlande und der kommenden Generation, der ich mich verantwortlich fühle, einen besseren Dienst erweise, wenn ich Lausanne ablehne.

Nun erlaube ich mir, kurz noch in eigener Sache einiges zu berichten. Ich habe es bisher so gehalten, daß ich den bürgerlichen Gruppen dieses Hauses, obwohl ich hie und da Anlaß dazu gehabt hätte, nie mit besonderem Nachdruck meine Abneigung oder meine Nichtzugehörigkeit betont hätte. Was sich aber in den letzten Wochen zugetragen hat, ist schon dazu angetan, daß man als Mensch, der sich innerlich anständig fühlt, dem das eigene Gewissen sagt, daß er noch nie etwas getan hat, was mit der Anständigkeit eines Menschen, der im politischen Leben steht, nicht vereinbar gewesen wäre, seine bisherige Haltung aufgibt. Ich habe es für besonders verwerflich gehalten, daß bürgerliche Blätter über mich herfallen und über mich Dinge schreiben, die ich nunmehr einer Kritik unterziehen muß, die ich schärfstens verurteile und wobei ich nur bedauern kann, daß sich bürgerliche Blätter zu solchen Äußerungen hinreißen lassen. Es schreibt das „Grazer Volksblatt“ am 3. August, indem es auf die Vorgänge im Parlament Bezug nimmt:

„Die Großdeutschen haben bei diesen Worten“ — des Abg. Neustädter-Stürmer — „aus Wut geschrien, der Hieb ist gefessen, er traf auch die Heimatblockabg. Ebner und Hainzl, die sich trotzdem nicht schämten, wie Judas Ischariot zu handeln, ihre Prinzipien, ihren Klub, ihre eigenen Wähler zu verraten, nicht um 30 Silberlinge, sondern, um ein huldvolles Lächeln von Otto Bauer zu ernten.“

Meine Herren, die Sie Anhänger dieser Presse sind, Sie haben lange noch kein Recht, mich mit Judas Ischariot zu vergleichen. Ich habe in meinem Leben nicht gehandelt wie etwa Politiker, die ihr Wort verkauft haben, denen Sie das nachsagen könnten und die vielleicht Leser dieses Blattes sind. Wenn Sie wünschen, bin ich bereit, mich persönlich mit Ihnen auseinanderzusetzen und darüber zu reden. Aber ich verwahre mich gegen eine solche Zimmutung und Umschreibung, weil ich bis heute ein von der ganzen Umgebung anerkannter rein gebliebener deutscher Bauer bin.

Auch dem „Wiener Extrablatt“ habe ich etwas zu sagen. Vielleicht ist das mehr auf diese nicht-arischen Pressebestien zurückzuführen, die sich in diesen Räumen herumtreiben, daß es Unwahrheiten schreibt, wie sie ärger keine Phantasie erdenken kann. Am 20. August schreibt das „Wiener Extrablatt“ (*liest*):

„Nationalrat Hainzl klagt Starhemberg. Und holt sich beim Präsidenten Dr. Renner Rat.“ Ich werde Ihnen den Absatz voll zur Kenntnis bringen (*liest*):

„Wie wir erfahren, hat Freitag der Heimatblockabg. Hainzl, der sich bekanntlich in einem Konflikt

mit der Bundesführung des Heimatschutzes befindet, beim Präsidenten des Nationalrates Dr. Renner vorgeschrieben und die Beistellung eines eigenen Klubzimmers außerhalb der Räumlichkeiten des Heimatblocks verlangt. Gleichzeitig übermittelte Hainzl dem Nationalratspräsidenten ein Schreiben, das er vom Bundesführer Starhemberg erhielt und in welchem dieser Hainzl auffordert, sein Mandat zurückzulegen.

Hainzl richtete an den Präsidenten Dr. Renner das Ersuchen, ihm mitzuteilen, ob dieser Brief Starhembergs die Grundlage für eine Strafanzeige gegen den Bundesführer beinhalte. Wie wir erfahren, hat Präsident Dr. Renner dem Abg. Hainzl die Mitteilung zukommen lassen, daß der Brief Starhembergs keine unerlaubte Einflußnahme bedeuten könne und daß es nicht ratsam sei, wegen dieses Briefes eine Strafanzeige gegen Starhemberg zu erstatten."

Ich meine, wenn jemand das Recht hat, in den Räumen, die Sie als hohes Haus bezeichnen, herumzugehen und zuzuhören, dann soll er mindestens die Anständigkeit aufbringen und soll nicht Dinge aus der Luft greifen, die sein Lebtage nicht wahr sind und von denen nie etwas gesprochen wurde. Ich war nie beim Herrn Präsidenten Renner und habe nie dort meinen Austritt aus dem Abgeordnetenverband des Heimatblocks persönlich mitgeteilt. Ich habe nie dort vorgeschrieben, um die Zuteilung eines Klubzimmers zu verlangen. Es ist unrichtig, daß ich aus der Korrespondenz, die ich mit dem Bundesführer Starhemberg geführt habe, dem Präsidenten Renner Mitteilungen gemacht habe, und es ist unrichtig und widersprechend, wenn man mir nachsagt, daß ich den Herrn Präsidenten Renner um Rat gefragt habe, ob ich den Fürsten Starhemberg klagen kann oder nicht.

Diese Schmutzigkeit muß ich hier öffentlich anfreiden. Die Presse ist es, die uns immer wieder auseinanderbringt und die der Wirtschaft draußen mehr schadet als die demagogischen Reden, die unmittelbar vor mir geführt worden sind.

Ich betone noch einmal ausdrücklich, daß von dem Absatz, den das „Wiener Extrablatt“ geschrieben hat, kein Wort wahr ist. Wer es liebt, solche Unwahrheiten weiter zu beziehen, der wende sich nur fleißig an diese Quellen. Diese „arischen“ Schriftsteller, die sich damit beschäftigen, werden die Leser glücklich machen.

In der „Grazer Tagespost“ ist von einer Neugründung einer Partei in Österreich geschrieben worden, an der Kamerad Ebner und ich beteiligt seien. Es ist unnötig, bei einer so törichten Aufzählung der ganzen politischen Situation sich noch mit der Frage der Neugründung einer Partei zu beschäftigen. Es haben Kamerad Ebner und ich

niemals davon gesprochen, und ich lege Wert darauf, auch dies hier festzustellen.

Ich für meine Person sage mir folgendes: Ich habe in den letzten Wochen an Unappetitlichkeit und Unsauberkeit innerhalb der Volksvertretung, sei es das Parlament hier, sei es der Bundesrat, genug gesehen. Ich glaube, wenn wir wirklich ehrliche Freunde des von uns zu vertretenden Volkes sind, dann raten wir dem Volke, darauf zu dringen, daß diese Form einer Volksvertretung möglichst rasch verschwinde. Wenn wir ständisch gegliedert hier einmal einziehen werden, dann wird der Bauer von dieser Seite nicht mehr den Bauer von der anderen Seite bekämpfen, dann werden wir uns finden, dann wird der Bauer auf solche Reden, die in anwidernder Weise Herr Dr. Aigner hier gehalten hat (*Widerspruch rechts*), nichts mehr zu geben haben. Dann haben wir uns gefunden als gesunde Träger der Wirtschaft, dann werden wir zusammenstehen mit Leuten, die es ehrlich meinen; darum sage ich: Erwägen Sie den Gedanken, möglichst rasch mit dieser Volksvertretung aufzuräumen! Schlechter kann es nicht mehr kommen, als es heute ist. Gehen wir nach Hause, lassen wir die Bevölkerung die Volksvertretung neu wählen. Es kann nicht schlimmer kommen, die Unappetitlichkeit kann nicht mehr gesteigert werden. Wenn man draußen die Not und das Elend und hier das Gebaren auch bürgerlicher Abgeordneter kennt, wenn man von draußen aus der frischen Luft hereinkommt und diese politischen Unsauberkeiten sieht, angefangen von der persönlichen bis zur sachlichen, kommt man zu der Überzeugung: dies ist auf die Dauer unserer Wirtschaft abträglich und bringt sie um, trotzdem Sie geneigt sind, ihr durch die Annahme von Lausanne in Form einer Injektion vielleicht eine letzte Stärkung auf ein paar Monate zu geben.

Damit ist die Aussprache beendet.

Nachdem der Vorsitzende die gemäß § 55, D, der Geschäftsordnung zur Wiederholung eines Beschlusses erforderliche Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Hauses festgestellt hatte, wird zur Abstimmung über den Antrag des Hauptausschusses geschritten.

Der Antrag des Hauptausschusses wird in über Anordnung des Präsidenten namentlich durchgeführter Abstimmung mit 82 gegen 80 Stimmen angenommen.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg. Aigner, Binder, Blöchl, Böhler, Brinnich, Buresch, Burgstaller, Dewaty, Doppler, Duschner, Eichinger, Ellen, Elshuber, Ertl, Födermayr, Gangl, Geyer, Gierlinger, Grabenhofer, Graf, Gritschacher, Gürtler, Hafenaucr, Haneis, Heintl, Heizinger, Hollersbacher, Hryntschak, Kampitsch, Kapral, Klug, Kneußl, Knosp, Kolassa, Kolb, Kollmann, Kraus, Kreuzberger,

Runschaf, Lengauer, Leskobar, Leutgeb, Lichtenegger, Manhalter, Markschläger, Mayrhofer, Neustädter-Stürmer, Delzelt, Paulitsch, Peter, Pistor, Raab, Ramek, Raser, Rintelen, Roth, Schmidt, Schmitz, Schuschnigg, Seidl Georg, Spalowsky, Stögner, Streeruwitz, Striebnig, Strohmaier, Tauschitz, Teufl, Thaler, Thoma, Vaugoin, Wagner Josef, Waiss, Wancura, Weidenhoffer, Weidenholzer, Weigl, Werner, Wimmer, Winkler, Winsauer, Wollek, Zingl;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Amlacher, Appel, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhm, Boschek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Ebner Anton, Ebner Hans, Eisler, Ellenbogen, Falle, Floßmann, Foppa, Forstner, Freundlich, Frühwirth, Gabriel, Genner, Glöckel, Hainzl, Hampel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hermann, Hölzl, Horvatek, Janecsek, Janicki, Jiracek, König, Koref, Köstler, Läser, Leuthner, Moßhammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Prodingen, Proft, Richter, Nieger, Rößch, Saffit, Scheibein, Schlesinger, Schneeberger, Schneider, Schorisch, Schürff, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Stein, Stika, Straßner, Tomischit, Tusch, Wache, Wallisch, Weiser, Wendl, Witternigg, Wikany, Wotawa, Zarboch.

Es gelangt der Antrag Prodingen u. Gen. (S. 2632) zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird in über Anordnung des Präsidenten namentlich durchgeführter Abstimmung mit 82 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Amlacher, Appel, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhm, Boschek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Ebner Anton, Ebner Hans, Eisler, Ellenbogen, Falle, Floßmann, Foppa, Forstner, Freundlich, Frühwirth, Gabriel, Genner, Glöckel, Hainzl, Hampel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hermann, Hölzl, Horvatek, Janecsek, Janicki, Jiracek, König, Koref, Köstler, Läser, Leuthner, Moßhammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Prodingen, Proft, Richter, Nieger, Rößch, Saffit, Scheibein, Schlesinger, Schneeberger, Schneider, Schorisch, Schürff, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Stein, Stika, Straßner, Tomischit, Tusch, Wache, Wallisch, Weiser, Wendl, Witternigg, Wikany, Wotawa, Zarboch;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Aigner, Binder, Blöchl, Böhler, Brinnich, Buresch, Burgstaller, Dewath, Doppler, Düscher, Eichinger, Ellend, Elshuber, Erkl, Födermayer, Gangl, Geyer, Gierlinger, Grabenhofer, Graf, Gritschacher, Gärtler, Hasenauer, Hauers, Heindl, Heizinger, Hollersbacher, Hryntschak, Kampitsch, Kapral, Klug, Kneußl, Knosp, Kolassa, Kolb, Kollmann, Kraus, Kreuzberger, Runschaf, Lengauer, Leskobar, Leutgeb, Lichtenegger,

Manhalter, Markschläger, Mayrhofer, Neustädter-Stürmer, Delzelt, Paulitsch, Peter, Pistor, Raab, Ramek, Raser, Rintelen, Roth, Schmidt, Schmitz, Schuschnigg, Seidl Georg, Spalowsky, Stögner, Streeruwitz, Striebnig, Strohmaier, Tauschitz, Teufl, Thaler, Thoma, Vaugoin, Wagner Josef, Waiss, Wancura, Weidenhoffer, Weidenholzer, Weigl, Werner, Wimmer, Winkler, Winsauer, Wollek, Zingl.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 431): Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. August 1932 über die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen des 6. und 8. Credit-Anstalts-Gesetzes (9. Credit-Anstalts-Gesetz) (B. 433).

Berichterstatter Dr. **Kneußl**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Vorlage der Bundesregierung, betr. den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. August 1932 über das 9. Credit-Anstalts-Gesetz, in Verhandlung gezogen und sich auf den Standpunkt gestellt, daß er sich der Auffassung des Bundesrates nicht anschließen könne. Der Ausschuß hat daher einen Beharrungsbeschluß gefaßt, und ich beehre mich, namens der Mehrheit des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 18. August 1932, womit dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen des 6. und 8. Credit-Anstalts-Gesetzes (9. Credit-Anstalts-Gesetz) (B. 393) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt wurde, wird gemäß Artikel 42, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wiederholt.“

Gelegentlich der Verhandlung wurde auch ein Minderheitsantrag gestellt, der dahin geht, nach dem Artikel I einen neuen Artikel II einzufügen. Dieser Minderheitsantrag ist im Ausschußbericht abgedruckt. Ich erlaube mir, namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen, einerseits den Beharrungsbeschluß zu fassen, andererseits den Minderheitsantrag abzulehnen.

Nachdem der Präsident die nach § 55, D, der Geschäftsordnung erforderliche Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Hauses festgestellt hatte, wird zur Abstimmung geschritten.

Artikel I wird in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 393) angenommen.

Es gelangt hierauf der Minderheitsantrag aus B. 421 (Einschaltung eines neuen Artikels II) zur Abstimmung. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Artikel II und III sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden nach der Regierungsvorlage angenommen.

Das Gesetz wird hierauf in dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 432): Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. August 1932, betr. die Abänderung der Satzungen der Österreichischen Nationalbank (B. 434).

Berichterstatter Dr. **Sryntschak**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 20. August mit dem Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. August, betr. die Abänderung der Satzungen der Österreichischen Nationalbank, befaßt. Er konnte sich jedoch den Argumentationen des Bundesrates nicht anschließen, hat vielmehr über meinen Antrag beschloffen, dem Nationalrate folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 18. August 1932, durch den dem Entwurf eines Bundesgesetzes, womit die Satzungen der Österreichischen Nationalbank abgeändert werden, samt den Anlagen I und II (B. 394) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt wurde, wird gemäß Artikel 42, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wiederholt.“

Das Bundesgesetz samt Anlage I und II wird bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des

Hauses in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 394) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

An Stelle Burgstaller als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft wird Gierlinger, an Stelle Wollek als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung Klug gewählt.

Präsident: Ich schlage dem hohen Hause folgenden Beschluß vor (*liest*):

„Der Herr Bundespräsident wird ersucht, auf Grund des Artikels 28, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die Frühjahrstagung des Nationalrates mit Donnerstag, den 25. August 1932, für beendet zu erklären.“

Dieser Beschlußantrag wird angenommen.

Präsident: Ich werde diesen Beschluß dem Herrn Bundespräsidenten zur Kenntnis bringen.

Hohes Haus! Der Nationalrat hat in einer Reihe von schweren Sitzungstagen und in einer noch größeren Zahl von Ausschußsitzungen die schwierigsten Gesetzgebungsfragen erledigt. Die Session hat sich dadurch bis tief in den Sommer hinein ausgedehnt. Niemand kann dem hohen Hause versagen, daß es seine Pflicht mit Eifer, Ausdauer und Geduld erfüllt hat. Ich glaube, die Herren Abgeordneten haben die ihnen noch kurz zur Verfügung stehende Ruhezeit wohl verdient. Ich wünsche Ihnen allen gute Erholung und ein Wiedersehen zu erfolgreicher Arbeit im Herbst! (*Rufe rechts: Heil Dollfuß!* — Bundeskanzler Dr. Dollfuß wird beglückwünscht.)

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 45 Min. mittags.